

Der sächsische Erzähler,

Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Das Blatt wird jeden Sonntag abends für den folgenden Tag und ist durch den Postboten und den Briefkasten zu erhalten. Der Preis beträgt 1 Mark 50 Pf., bei Vorzahlung 1 Mark 70 Pf., alle 6 Monate 8 Mark 50 Pf., alle 12 Monate 16 Mark 50 Pf. (Postgebühren inbegriffen).
Stapellager: Bautzen, Postamt 10.
Nummer der Zeitungsvorläufe: 6897.

Veranstaltungen Nr. 22.

Veranstaltungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Postämtern, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 6 Uhr.
Streuungsstellen Jahrgang.

Personen, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung haben, werden bis zum 10. März angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Spalte 12 Pf., die Restspalte 30 Pf. (einschl. Postgebühren) 40 Pf.
Für Abrechnung eingekannter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Freitag, den 4. März 1910, vormittags 11 Uhr, sollen in Bischofswerda 1 Holzstoß und 2 Grob Schürffel gegen Verpachtung versteigert werden. Sammelort: Polizeiwache.
Bischofswerda, am 3. März 1910.

Der Ratsherr: Kästner.

Das Renesse vom Tage.

In der italienischen Deputiertenkammer gab der Schatzminister Salandra ein Exposé über die augenblickliche finanzielle Lage Italiens. (Siehe Italien.)

In einer Nachtigung von Mittwoch auf Donnerstag kam es in der französischen Deputiertenkammer zu heftigen Auftritten und zu einer Debatte. (Siehe Frankreich.)

Aus dem durch eine Schneelawine verschütteten Zug der Amerik. Great-Northern-Eisenbahn sind bis jetzt 60 Leichen geborgen worden. Alle übrigen Passagiere sind noch in den Händen der Bergarbeiter, wo sie durch Überschwemmungen über dem Bergwerk bedroht sind.

In New York fand ein Zusammenstoß zweier Züge der Untergrundbahn statt. Fünfzehn Personen wurden schwer verletzt.

Im Gegensatz zu der gestrigen Meldung wird heute aus Philadelphia berichtet, daß der Beginn des Generalstreiks auf Freitag Mitternacht festgesetzt ist.

(Alle nach dem Text.)

Die Verständigungsverhandlungen in der Frage der Schiffabgaben.

Obwohl sich bekanntlich die große Mehrzahl der einzelstaatlichen Regierungen durch ihre Vertreter im Bundesrat in den zuständigen Bundesausschüssen zugunsten des preussischen Planes der Einführung von Schiffabgaben ausgesprochen hat, so steht die preussische Regierung vernünftigerweise doch davon ab, die kleine Gruppe der in dieser Frage opponierenden Bundesstaaten auf Grund eines solchen Mehrheitsbeschlusses einfach zu majorisieren. Vielmehr hat sie Verhandlungen mit den opponierenden Staaten, also mit Baden, Sachsen, Hessen und den Rhein eingeleitet, durch welche eine gütige und womöglich allseitig befriedigende Einigung über die Schiffabgaben erzielt werden soll. Bis jetzt verläutete allerdings betreffs des Standes der gedachten Verständigungsverhandlungen noch so gut wie gar nichts, nun aber weiß der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der sich in guten Beziehungen zu verschiedenen Berliner Regierungsstellen erfreut, mitzuteilen, daß die erwähnten Verhandlungen einen guten Fortgang nehmen und eine Verständigung erhoffen ließen. Eine Einigung in Sachen der Schiffabgaben wird nach dem genannten Berliner Blatte auf der Grundlage erzielt, daß der ursprünglich geplante Zwangsbeitrag zu den Zweckverbänden der Uferstaaten fallen gelassen und durch einen selbständigen vom Bundesrat ganz unabhängigen Zweckverband ersetzt wird. Die Frage der Stromunterhaltungskosten, die nach einem Vorschlag teilweise aus den Kassen für die Schiffabgaben bestritten werden sollen, ist noch nicht völlig erledigt, wird

aber eine einmütige Antwort in kurzem finden. Das größte Hindernis stellt die Tariffestsetzung dar. In diesem Punkt hat Preußen nachgegeben, indem es den Staffeltarifen grundsätzlich seine Zustimmung erteilte. Durch diesen Tarif kommen die Binnenstaaten mit billigen Sätzen fort, obwohl die Strombau- und Unterhaltungskosten für diese Flußteile nicht geringer sind, als für die unteren Gebiete.

Aus dieser Darstellung erhellt bereits hinlänglich, daß Preußen seine zunächst recht schroffen Forderungen hinsichtlich des Schiffabgabenprojektes inzwischen doch nicht unwesentlich gemildert hat und sich entgegenkommender zu den opponierenden Bundesstaaten erweist. Anscheinend ist von letzteren Baden am geneigtesten, mit sich reden zu lassen, wie dies schon die Antwort erkennen ließ, welche kürzlich in der Zweiten Badischen Kammer regierungsfestig auf eine Anfrage wegen der Stellung Badens zu den Schiffabgaben erteilt wurde. Diese Antwort deutete an, daß Baden bereit sei, gegen ihn preussischerseits zu gewährende Vorteile bei der Regulierung des Oberlaufes des Rheins von der schweizerischen Grenze bis Strassburg seinen Widerstand gegen die Schiffabgaben aufzugeben und daß hierüber freundschaftliche Verhandlungen zu erwarten ständen, oder auch schon eingeleitet worden seien. Darüber, welche etwaigen Zugeständnisse Preußen auch Sachsen, Hessen und den beiden rheinischen Fürstentümern für ihr erwartetes Einschreiten in der Schiffabgabenangelegenheit zu machen will, herrscht allerdings noch Ungewißheit. Man darf wohl vermuten, daß die Zugeständnisse speziell für Sachsen und die beiden Rhein vornehmlich auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens liegen. Was Hessen angeht, so besitzt dieser Bundesstaat bekanntlich schon seine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen, und Konzessionen an ihn wegen der Schiffabgaben müssen darum nach irgendeiner anderen Richtung hin zu suchen sein. Im großen und ganzen steht nun also wohl zu erwarten, daß zwischen den deutschen Bundesstaaten doch noch eine gütliche Einigung in Sachen der Schiffabgaben zustandekommt, was im Interesse des inneren politischen Friedens in Deutschland wie der Wahrung des Ansehens des Reiches im Ausland sicherlich nur mit Genugtuung zu begrüßen wäre.

Politische Übersicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 3. März. Gestern abend fand bei den Majestäten im Weißen Saal des Schlosses ein Konzert statt, an dem unter andern das diplomatische Korps, Mitglieder des hohen Adels und die Minister teilnahmen. An das Konzert schloß sich ein Souper.

Der ehemalige Ober-Hofmeister der Kaiserin Friedrich Graf v. Soden-Sodenort ist im Prinzenpalais, Oberwallstraße 1, 68 Jahre alt, gestorben. Er erlag einer Lungenentzündung, die er sich vor einigen Tagen zugezogen hatte.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sprach Minister Sydow im Anschluß an die Generaldebatte über den Etat der Bergverwaltung über das Rabbod-Unglück und teilte dem Hause mit,

daß von den Leichen bisher 166 schon geborgen und 70 noch zu bergen sind. Zu der Untersuchung seien auch Arbeitervertreter herangezogen worden, später habe jedoch der Knappschaftsvorstand die Entsendung weiterer Arbeitervertreter abgelehnt.

Der Polizeipräsident von Berlin verweigerte die von sozialdemokratischer Seite nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung von Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel am 6. März. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer wesentlich dieselben sein würden, die am 13. Februar ohne Genehmigung der Polizeibehörde, also gesetzwidrig, Straßenaufzüge veranstalteten. Da die Teilnehmer sonach Gesetzwidrigkeiten nicht scheuten, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Oesterreich.

Im Herrenhause sagte das Mitglied Pleher u. a.: Das deutsch-österreichische Bündnis entspreche dem Herzensbedürfnis aller Deutschen Oesterreichs, (Travo), aber auch dem legitimen Interesse aller Nichtdeutschen. Verstören Sie das Bündnis mit Deutschland, so gefährden Sie nicht bloß die Deutschen Oesterreichs, sondern auch die Existenz aller anderen kleineren Nationalitäten in Oesterreich. Darum ist das Bündnis mit Deutschland trotz aller Intriguen gewisser diplomatischer Kanzleien Europas der beste Kern im Mittelpunkt des mitteleuropäischen Staatensystems, an dem festzuhalten unsere politische Pflicht ist. Seit 30 Jahren besteht dieses Bündnis; es hat niemandem geschadet; es hat beiden Teilen wesentlich genützt. Wenn in Italien eine ruhigere Auffassung der Dinge Platz greifen wird, wird auch die öffentliche Meinung in Italien dahin kommen, der korrekten Haltung seiner eigenen offiziellen Welt zuzustimmen, daß das Festhalten am Dreieck im wohlverstandenen Interesse Italiens liegt. (Beifall.) Graf Binski erklärt gleichfalls, die Besserung des Verhältnisses zu Rußland, seine freundschaftliche Annäherung an England wären wünschenswert, jedoch nicht aus Herzensbedürfnis, sondern aus politischen Gründen im Interesse der Friedenserhaltung und ruhigen Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan.

Italien.

In der Deputiertenkammer gab der Schatzminister Salandra ein Exposé über die finanzielle Lage Italiens und über die Vorschläge der Regierung für das laufende und für das kommende Finanzjahr. Aus dem Budget von 1908/09 habe sich ein tatsächlicher Überschuß von 24 Millionen ergeben und für das Budget von 1909/10 sei ein Überschuß von 30 Millionen zu erwarten, obwohl es notwendig gewesen sei, im Laufe des Jahres einen Nachtragetat von 91 Millionen einzubringen. Mit diesen Überschüssen und mit denen, die man für die nächsten Finanzjahre erhofft, werde man die schweren Ausgaben, die das Erdbeben im Jahre 1908 verursacht habe, decken können, Ausgaben, die die Regierung gemacht habe, ohne zu neuen Kreditforderungen ihre Zuflucht zu nehmen. Für das Finanzjahr 1910/11 werde man neue wichtige Kredite für öffentliche Arbeiten, für das Meer — hierfür 15 Millionen — und für die von der Regierung vorgesehenen Ausgaben für Volksschul-